

E r k l a r u n g .

abgegeben an der Konferenz der IKÖ Ende Oktober 1947, im Namen und Auftrag der Genossen, die 1923 den Kampf gegen die Entartung der KP, dann 1934 für die Neuherausbildung der proletarischrevolutionären Partei aufgenommen, diesen Kampf für die internationale proletarische Revolution, für die revolutionäre Vierte Internationale weiterführen, sowie all derer, die zu diesen Genossen stehen.

1.

Die gegenwärtige Lage der österreichischen Arbeiterschaft fordert eine Konferenz, die alle Kräfte darauf konzentriert, wie der Preis- und Lohnoffensive der Bourgeoisie am besten zu begegnen. Statt auf diese dringendste, aktuellste Frage, konzentriert die Leitung die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf die gegenwärtig nicht aktuelle Frage der Kriegstaktik in den verlaufenen Kriegsjahren. Politisch eine offenkundige Leistungsfertigkeit, Kraftvergängung.

Die ernste Klärung dieser Frage setzt das Studium aller darüber vorhandenen wichtigen Dokumente voraus. Die wichtigsten werden infolge der Vervielfältigungs- und Verkehrsschwierigkeiten erst allmählich herkommen. Diese Klärung setzt weiter voraus die Anwesenheit desjenigen Genossen, der die Kriegstaktik ausgearbeitet hat. Ohne diese Vorbereigungen an die endgültige Lösung dieser zur Zeit nicht aktuellen Frage heranzugehen, heißt parteipolitisch unverantwortlich handeln. Noch unverantwortlicher ist es, dem sachlichen Problem durch organisatorische Massnahmen aus dem Weg zu gehen.

2.

Die Gesundungsfraktion, die 1923 den Kampf für die leninistische Gesundung Reform der KP aufnahm, wurde 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Obwohl die Fraktion gegenüber der schwer irrenden, entartenden Partei durchaus im Recht war, obwohl gegen sie die schäuslichsten organisatorischen ~~steuer~~ Methoden angewendet wurden, ging sie nicht auf das Zerreissen, Zerstören der Partei aus, sondern ehrlich auf deren leninistische Gesundung. Trotz der schwersten persönlichen Kränkungen, die sie immer wieder erlitt, stellte die Fraktion das Interesse der Sache, der Partei über die Person. Daren hat sie durch acht Jahre gestehalten, trotz Ailledem und Ailledem. Erst als sich 1934 zeigte, dass die Partei selbst aus der vom revolutionären Standpunkt durch die KI, KPD verschuldeten Katastrophe des deutschen Proletariats von 1933 zu lernen nicht mehr im Stande war, da es erst gab die Fraktion den Kampf für die Parteireform auf und begann als selbstständige Organisation, als Linksopposition den Kampf für das Neuherausbilden der revolutionären Partei.

1933 wurden die Genossen Baier und Horvath aus dem aus der ~~bank~~ Linksopposition hervorgegangenen Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse ausgeschlossen. Dieser Ausschluss war parteipolitisch unzweckmässig. Doch einmal vollzogen, hatten die betroffenen Genossen durchaus das Recht, Mittelst organisierter Fraktion von aussen zu kämpfen, um die Partei, die nach ihrer Überzeugung in der Kriegstaktik irrte, auf den ihrer Auffassung nach richtigen Weg zu bringen. Ihnen jedoch stand über allem, die durch den Ausschluss erlittene persönliche Kränkung der Partei heimzuzahlen. Mit allen Mitteln arbeiteten die zwei Genossen und ihre kleine Zahl von Freunden vom ersten Augenblick daran, die Partei zu zerreißen, zu zerstören! Die liquidatorische Arbeit, die Schlamm und Hexmann 1924 von rechts her begannen, dieselbe parteiverräterische Arbeit - unter für die Partei bei weitem schwierigeren Verhältnissen - begannen Baier und Horvath 1938 von ultra "links" her. Sie waren und sind auch heute bewusste Parteiliquidatoren, die die seit ~~es~~ 1923 kämpfende Gemeinschaft aufs schwerste geschädigt haben und weiter schädigen.

Unter Anwendung der skrupellosesten Mittel ist es den Partei-liquidatoren gelungen, die Mehrheit der Genossen vom Kampfbund loszureißen. Aufs gründlichste nutzten sie den Umstand aus, dass Hitler den erfahrensten Berater der alten Organisation gewaltsam fernhielt. Die Genossen, die sie so losrissen, bildeten damals die Mehrheit des Kampfbunds. Sie hatte also die Möglichkeit, das Recht, die Führung des Kampfbunds zu ergreifen, ihn auf die nach ihrer Ansicht richtige Linie umzustellen, die ultra"linken" Parteiliquidatoren in den Kampfbund zurückzurufen, sie an dessen Spitze zu stellen und eventuell die angeblichen "Sozialpatrioten" aus dem Kampfbund auszuschliessen. All das taten die Genossen nicht, sondern sie warfen die alte Fahne hin, desertierten aus der unter aller-schwierigsten Bedingungen kämpfenden Partei und liefen über zu den Parteiliquidatoren.

3.

Politisch entsprang die Einstellung der Parteiliquidatoren ihrem "linken" Doktrinarismus. Dieser Quelle entstammen auch ihre heutigen Irrtümer. Aus dieser ihrer tiefsten Fehlerquelle werden ihnen auch künftig immer wieder schwere Irrtümer unterlaufen.

Ihr Ultralinkstum verknüpfen die Parteiliquidatoren mit ausgeprägten opportunistischen Zügen.

Solang es Zeit war, der opportunistischen Versumpfungsarbeit, die insbesondere das Internationale Sekretariat in der Vierten Internationale betreibt, wirksam entgegenzutreten, haben sie das nicht nur unterlassen, sondern die dahingehenden Bemühungen unseres und anderer Genossen, die sie zur Zusammenarbeit dafür gewinnen wollten, bewusst sabotiert. Jetzt, nachdem die opportunistische Versumpfung einen riesenumfang angenommen und die Bourgeoisie zu entscheidenden Stössen/ausholt, jetzt greifen die Parteiliquidatoren, um ihre opportunistische Mitschuld nachträglich zu verwischen, einen Teil der Kritik und Vorschläge auf, die unser Genosse zusammen mit andern Genossen schon vor langer Zeit an das IS gerichtet hat, und - geben diese Kritik und Vorschläge als ihre eignen aus...

Sie ~~es~~ geben den Kampfbund als sozialpatriotisch aus - nichtsdestoweniger benützen sie das grundlegend Lehrbuch dieser nach ihrer Ansicht sozialpatriotischen Organisation als Grundlage für ein von ihnen verfasstes neues Lehrbuch. Niemals in der Geschichte der Arbeiterbewegung hat eine revolutionäre Organisation so gehandelt. Hier geht es nicht nur um eine Taktlosigkeit, sondern um ein ausgesprochen politisch unehrliches, ehrloses Handeln gegenüber den Mitgliedern, gegenüber der Arbeiterschaft.

Auch sonst ist das Verhalten der Parteiliquidatoren nach manchen Beziehungen politisch nicht ehrlich. So zum Beispiel letzthin, in der wichtigen Frage der Sowjetunion, ihre Korrektur hinter dem Rücken der Mitglieder.

Vom Bürokratismus nicht zu reden.

Unter Ausnützung der oben geschilderten Umstände gelang es den Parteiliquidatoren, auf Kosten des Kampfbunds ein Machtpositionchen aufzubauen. Dieses zu behaupten behaupten, dem unterordnen sie alles. Ihren liquidatorischen Machtkitzel stellen sie über alle sachlichen Erwägungen.

4.

Wer der Revolutionspartei die Treue bricht, der kann alles aufbauen, nur nicht eine wirklich revolutionäre Partei, die ohne Ahnentreue ihrer Mitglieder nicht leben, nicht kämpfen kann.

Eine Partei kann irren, unter Umständen schwer irren. Jeden solchen Fehler zu bekämpfen, ist Recht, ist Pflicht: doch um die Partei zu gesunden, nicht aber um sie zu zerstören!

Die alte Partei aufgeben, eine neue Partei gründen, das darf man erst, bis trotz langandauernder Gesundungsanstrengungen schwerste Erkrankungen, grösste Ereignisse beweisen, dass sie aus ihren Fehlern zu lernen nicht mehr vermag, dass sie nicht mehr zu gesunden.

Die Parteiliquidatoren haben den Kampf für die Gesundung, Umstellung der nach ihrer Auflösung irrenden Partei ernstlich nicht geführt, sondern sie haben beim ersten Anlaß, als ihre persönlichen Gefühle durch den unzweckmässigen Ausechluss aus dem Kampfbund gekränkt wurden, ihre Person ~~spekulationsweise~~ über die Partei gegeben, über die Bache gestellt.

Diejenigen, die ihnen durch Parteidésertion folgten, haben sie darin unterstützt und unterstützen ihre parteiliquidatorischen Bestrebungen nochmals auch heute.

Auf politische Untreue, politische Unerlichkeit, politische Schlosigkeit, auf Mltre "linke" Engstirnigkeit gepaart mit noch so kniffigen rechtsopportunistischen Manövern kann alles aufgebaut werden, nur nicht eine ernste proletarische Revolutionspartei.

5.

Wir werden uns an der Debatte über diesen Punkt in keiner Weise beteiligen, und auch nicht an der Abstimmung darüber.

Wien, Ende Oktober 1947.